

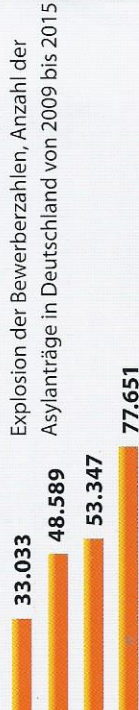
Auflösung des Rechtsstaats und Meinungsdictatur

„Merkel will ein anderes Deutschland.“
 „Es gilt kein Gesetz, kein Vertrag,
 wir werden grandios scheitern.“
Horst Seehofer

Vor bayerischen Landräten
 und Bürgermeistern am 14.10.15

Fakten und Tatsachen zählen im deutschen Asyldiskurs schon lange nicht mehr. Recht und Gesetz immer weniger. Asylbewerber, Kriegsflüchtlinge und Sozial- und Wirtschaftsmigranten werden münder durcheinandergeworfen. Dublin-Abkommen, EU-Asylregeln, deutsche Einreise- und Aufenthaltsgesetze – Angela Merkel hat sie eigenmächtig außer Kraft gesetzt. Sie ruft nach europäischen „Solidarität“ und wundert sich, daß niemand in der EU diesen deutschen Sonderweg mitgehen will. Willkür und Meinungssterror: Wer Probleme beim Namen nennt und die Einhaltung geltender Regeln einfordert, dem drohen Politiker, Medien und Asylprofiteure mit Staatsanwalt und Verfassungsschutz und stellen ihn als „Ausländerfeind“ in die Ecke.

- **Anarchie und Willkür:** „Deutsche Flexibilität“ nennt es die Kanzlerin, wenn im Rausch der „Willkommenskultur“ Regeln und Gesetze nach Gutsherrenart außer Kraft gesetzt werden.
- **Illegale Einwanderung** ist ein Gesetzesverstoß, der nicht gehandelt und nicht verhindert, sondern sogar noch belohnt wird. Die erste Erfahrung mit Deutschland heißt für viele: Wer lügt und betriegt, seine Identität verheimlicht, Gesetze verletzt, fordert und erpreßt, der kriegt was er will und wird mit Applaus begrüßt.
- **Wir haben ein Recht, unsere Identität zu verteidigen** – so wie Dänemark, das seine Grenzen abriegelt und Wirtschaftsflüchtlinge durch Sozialleistungskürzungen abschreckt, wie Ungarn, die Slowakei und die Tschechische Republik und Polen, die europäische Quoten ablehnen und vorwiegend Christen aufnehmen wollen.



Warten wir es ab. Schätzungen gehen von 1,5 Millionen aus.

Zurück zur Vernunft!

„Deutschland verhält sich wie ein Hippie-Staat, der nur von Gefühlen geleitet wird.“

Anthony Glees, britischer Politikwissenschaftler DLF-Interview, 08.09.15

Der 7-Punkte-Notfallplan:

1. **Rede an die Nation** mit Erklärung durch die Bundeskanzlerin, daß Deutschland keine weiteren Asylbewerber mehr aufnehmen kann
2. **Ausrufung des Katastrophenfalls**, Einsatz von Bundeswehr und Zivilschutz zur Wiederherstellung der Kontrolle über die Grenzen
3. **Schließung der Staatsgrenze** für Ausländer ohne Einreiseerlaubnis – notfalls mit Grenzzäunen. Sicherung der europäischen Außengrenzen und Wiederherstellung des Dublin-Systems erzwingen
4. **Nothilfe – Unterstützung der Grenz- und Anrainerstaaten** bei der Sperrung der Schleuserouten
5. **Ausnahmslose Abschiebung abgelehnter Asylbewerber** ohne Vorankündigung innerhalb von 30 Tagen
6. **Abbau von Anreizen zum Mißbrauch** durch Beschränkung von Familiennachzug und Geldleistungen
7. **Grundgesetzänderung zur Verschärfung des Asylrechts:** Einfachgesetzliche Regelung wie in den meisten europäischen Staaten statt individuellen Grundrechtsanspruchs auf Asyl



Sprechen Sie Ihren Abgeordneten vor Ort an, im Land und auf Bundesebene. Verfassen Sie Protestbriefe. Diskutieren Sie das Thema mit Freunden, Familie, Verwandten, Kollegen. Gründen Sie Gruppen und Bürgerinitiativen. Wenden Sie sich bei Wohnungskündigung oder anderen Maßnahmen an Mietervereine und Verbraucherzentralen. Helfen Sie Betroffenen. **Die JF bleibt dran. Gemeinsam klären wir auch in dieser Frage schonungslos auf!**

Informieren Sie sich im Internet z.B. auf **jf.de** – Hier finden Sie ein umfangreiches Dossier und die JF TV-Dokumentation zur Asylkrise.

Verbreiten Sie dieses Infoblatt weiter!

Bestellen Sie kostenlose Exemplare zum Verteilen:

jf.de/asyl

030/86 49 53 - 25



JUNGE FREIHEIT Verlag
 Hohenzollerndamm 27a, 10713 Berlin

Bereits über 1,1 Mio. Infoblätter verteilt

6. überarbeitete Auflage,
 Stand Februar 2016

DIE ASYLKRISE

Grafik: © Fotolia.gurkkaa



„Wir schaffen das!“

Angela Merkel
 auf der Bundespresseskonferenz, 31.08.15

Die Wahrheit über das Asyl-Chaos

und was wir alle dagegen tun können

JUNGE FREIHEIT



202.834

offiziell 1,1 Mio. plus Dunkelziffer auf ca. 1,4 Mio. verlängern Sie diesen Balken um 41 cm in Pfeilrichtung)

Die „Flüchtlings“-Lüge

Europa wird derzeit nicht von Flüchtlingen, sondern von Arbeits- und Sozialmigranten überschwemmt.“

Wolfgang Köppel, Verleger und Mitglied des Schweizer Parlaments (SVP)

16. Weltwoche 33/2015



Foto: wikimedia © Bwag/Commons

Es zu 1,5 Millionen und mehr Asyl-Einwanderer pro Jahr? Monat für Monat kommt die Einwohnerschaft einer Großstadt als Asylbewerber nach Deutschland. Unkontrolliert und regellos. Nur ein Bruchteil der ausreisepflichtigen wird tatsächlich abgeschoben. Die manipulative Sprache von Medien und Politik kennt nur „Flüchtlinge“ oder „Neubürger“. Aber wer kommt da wirklich?

Nur ein Prozent sind echte politisch Verfolgte und werden als asylberechtigt anerkannt. Ein Drittel erhält den Flüchtlingsstatus im Sinne der Genfer Konvention oder großzügig gewährten Abschiebeschutz. Der Rest sind schlicht illegale Einwanderer.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, www.bamf.de

Zwei Drittel der Asylbewerber sind Muslime, Tendenz steigend. Tag für Tag läßt sich derzeit eine muslimische Stadt neu in unserem Land nieder. Wir importieren die Verfolgung von Christen, fördern Zwangssehen, Menschenhandel und Prostitution.

Iman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime, Tagesspiegel, 27.08.15

Vier Fünftel der Asyleinwanderer sind alleinstehende junge Männer. Bei den Nordafrikanern ist der Männeranteil noch höher. Sie kommen als Vorhut: Jeder zieht im Schnitt vier bis acht Angehörige nach. Aus 1,5 Millionen können so in wenigen Monaten 7,5 Millionen werden. Folge: Die Einwanderer werden sich nicht integrieren, sondern ihre Clanstrukturen in Deutschland etablieren und Parallelgesellschaften gründen.

Es ist kein unabwendbares Schicksal. Politiker haben diese Entwicklung in Gang gesetzt. Die Bürger sollen schweigen und zählen. Lassen sie sich das nicht gefallen!

Deutschland – Einwanderungsland?

„Deutschland braucht Einwanderung“, verkünden Medien und Politik gebetsmühlenartig: aus demographischen Gründen und um den angeblichen „Fachkräftemangel“ zu beseitigen. „Solche Leute suchen wir doch.“ Wirklich?

• **Das Märchen von den hochmotivierten jungen „Fachkräften“**, die einmal „unsere Renten bezahlen“ werden, glaubt kein Mensch. Das Ausbildungsniveau liegt unter dem der Einheimischen, mindestens ein Fünftel sind Analphabeten. „Weniger als zehn Prozent“ sind nach offiziellen Zahlen, sofort arbeits- oder ausbildungsfähig.“

Andrea Nahles, Rede im Bundestag, 10.09.15

• **Für die Konzerne lohnt sich das zusätzliche Arbeitskräfteangebot** trotzdem. Ihre Lobbyisten fördern „leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt“ für Asylbewerber und die Absenkung des Mindestlohns nicht ohne Hintergedanken: So können sie sich ein paar billige Arbeitskräfte und wenige qualifizierte herauspickeln, den Rest darf die Allgemeinheit finanzieren. Die Zahl der Hartz-IV-Bezieher wird drastisch ansteigen.

• **Ein „Wirtschaftswunder“** wird es deshalb allenfalls bei der Sozial- und Asylinindustrie geben, die jetzt schon nach mehr Geld und Stellen für die „Integration“ der Neuzuwanderer ruft. Wohlstand wird dadurch nicht gemehrt, sondern vernichtet. Denn bezahlen darf, wie üblich, der Steuerzahler. Also Sie. Und zwar mit zig Milliarden Euro jährlich. Die Summe kennt noch nicht einmal Finanzminister Wolfgang Schäuble.

Wenn schon Einwanderung, dann nach strengen Regeln und Bedürfnissen Einwanderungsländer wie die USA, Kanada oder Australien haben sehr restriktive Gesetze, die regeln, wer hinein darf und wer nicht. Unsere Politik versagt hier auf ganzer Linie!

Anteil aller Asylanträge innerhalb Europas für 2015, die auf Schweden und Deutschland entfallen:

60%

und mehr sind weder asylberechtigt noch erhalten sie den Flüchtlingsstatus

50%

20.888

Abschiebungen gab es 2015 bei täglichen Neuzugängen von mehr als

4.000

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, www.bamf.de und ec.europa.eu/eurostat

Der Preis der willkürlichen Einwanderung, „Willkommenskultur“ genannt

„Wir schaffen das!“ heißt im Klartext: Politik, Kirchen, Sozialindustrie und Einwanderungslobby spielen den Wohltäter auf Kosten anderer und überbieten sich mit moralischer Erpressung. Der Preis der „Willkommenskultur“ ist hoch – und bezahlen müssen dafür die ganz normalen Leute, nicht Angela Merkel, Claudia Roth, Sandra Maischberger, Til Schweiger und andere selbsternannte Experten und Promis:

„Wir schaffen das nicht!“ und „noch nie so viel Zuspruch bekommen“;

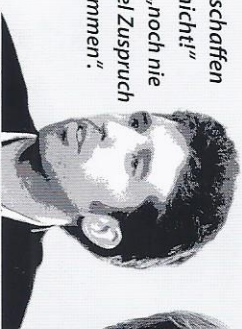


Foto: Flickr, Björn Laczny

Boris Palmer, Grünen, Oberbürgermeister von Tübingen

Südwestpresse, 21.10.15 und Welt-Online, 01.11.15



Angela Merkel

Unions-Fraktionsitzung 22.09.15, gewürttert von Hugo Müller-Voog

„Ist mir egal, ob ich schuld am Zustand der Flüchtlinge bin. Nun sind sie halt da.“

• **Es ist unser Geld**, das mit immer höheren Abgaben, Steuern und Schulden zur Finanzierung der „Willkommenskultur“ eingetrieben wird. Ein „Flüchtlings-Soll“ ist in Planung.

• **Es sind unsere Wohnungen**, deren Preise durch die Decke gehen, die für andere gebaut oder demnächst sogar beschlagnahmt werden.

• **Es sind unsere Einkommen**, die gedrückt werden, weil Millionen geringqualifizierte Einwanderer mit den unteren Einkommensgruppen konkurrieren – und nicht mit Konzernchefs, Politikern und Professoren.

• **Es sind unsere Kinder**, deren marode Schulen nicht saniert werden, die im Unterricht zurückstecken müssen und deren Sporthalten als Notunterkünfte dauerbelegt werden.

• **Es ist unsere Sicherheit**, die auf der Strecke bleibt, wenn laut BKA die von Asylbewerbern begangenen Straftaten in den letzten drei Jahren drastisch angestiegen sind und Asylanten häufiger an Straftaten beteiligt sind als der Rest der Bevölkerung, wenn Kriminalität aus politischer Korrektheit verharmlost und vertuscht wird, wenn in Asylunterkünften bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen.

• **Es ist unsere Zukunft** und die der kommenden Generationen, die in einem zunehmend islamisierten Deutschland auf dem Spiel steht. Deutschland importiert fremde Konflikte und Fanatiker, ohne auch nur hinzuschauen. Die Zeitbombe tickt.

* Auswertung des Bundeskriminalamts, Rheinische Post, 25.07.15